



Kriegsdienst und Verweigerung in Russland

Von Stoparmy Bewegung

Die Stoparmy-Bewegung unterstützt seit 2013 russische Kriegsdienstverweigerer. Wir bieten rechtliche und psychologische Hilfe, entwerfen eine sichere, inklusive Gemeinschaft, fördern politische Bildung und treten gegen die Wehrpflicht ein. Seit Februar 2022 haben wir unsere Unterstützung für diejenigen, die von Mobilisierung und Desertion betroffen sind, intensiviert. Unsere Bemühungen wurden mit einer Nominierung für den Friedensnobelpreis 2023, dem Seán MacBride-Friedenspreis 2024 und dem DFG-Baumann-Preis 2024 gewürdigt.

Die Bewegung kann auf eine erfolgreiche Umsetzung von geförderten Projekten verschiedener renommierter Stiftungen zurückblicken. Mit den erhaltenen Mitteln konnten wir bis Ende 2024 folgende Meilensteine erreichen:

- mehr als 1000 aktive Teilnehmer*innen in der Bewegung;
- Bearbeitung von fast 500 Anfragen pro Monat im Zusammenhang

mit Wehrpflicht und Militärdienst über unseren Bot. Am 5. August 2025 führte der russische Geheimdienst eine Durchsuchung der Wohnung von Elena Popova durch und brach die Tür mit einer Axt auf. Nach der Durchsuchung wurde sie festgenommen und vor Gericht gestellt, aber der Richter lehnte den Antrag auf ihre Verhaftung ab und entschied sich stattdessen für die Auflage, das Gebiet nicht zu verlassen (eine Form der bedingten Freilassung). Jetzt befindet sich Elena in einem sicheren Land.

Militarisierung in Russland

Wann begann der Militarisierungsprozess in Russland?

- Die starke Zunahme der Militarisierung in der russischen Politik und Gesellschaft verstärkte sich nach 2000, als der Einfluss von „Sicherheitsbeamten*innen“ (Militär- und Geheimdienstpersonal) in der Regierung deutlich zunahm.
- Die massive Beteiligung von Jugendlichen an pro-militärischen und patriotischen Regierungsorganisati-

onen begann Anfang bis Mitte der 2000er Jahre.

- Besonders hervorzuheben ist die Militarisation des Bildungssystems, die sich nach 2014 beschleunigte, mit vermehrten staatlichen Programmen zur militärisch-patriotischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

Propaganda

Wie Propaganda den Krieg in der Ukraine rechtfertigte:

- Seit 2014 haben russische Medien die Ukraine systematisch dämonisiert, ihre Behörden als „Faschist*innen“ und „Nazis“ dargestellt und ihnen Völkermord an russischsprachigen Menschen im Donbass vorgeworfen.
- Die Propaganda diskreditierte die ukrainische Regierung und politische Institutionen und stellte die Ukraine als „Marionette des Westens“ dar.
- Seit 2022 intensivierte sich die Medienberichterstattung rund um den „Schutz Russlands“ vor westli-



VERWEIGERUNG IN RUSSLAND

chen Bedrohungen und die Verteidigung gegen einen fiktiven Faschismus durch eine sogenannte „Anti-Terror-Operation“.

- Es werden historische Parallelen zur sowjetischen und nationalsozialistischen Propaganda bemüht: Schaffung eines Feindbildes, Rechtfertigung von Aggressionen durch falsche Anschuldigungen, Verbreitung von Fehlinformation und Schüren von Angst.

Wie reagieren die Menschen auf Propaganda

- Umfragen zeigen, dass sich nach negativen Entwicklungen (Mobilisierung, Rückschläge an der Front) die Einstellung zum Krieg verschlechtert, aber intensive Propaganda die öffentliche Meinung schnell wieder dreht.
- Ein erheblicher Teil der Bevölkerung vertraut den staatlich kontrollierten Medien und wiederholt die Propagandanarrative und -erklärungen.
- Diejenigen, die den Krieg ablehnen, wandern oft aus oder vermeiden es aufgrund von Repressionen, über das Thema zu diskutieren.
- Die Gesellschaft unterzieht sich einer „Selbstzensur“ und der öffentliche Raum wird durch Druck, Informant*innen und kontinuierliches hartes Durchgreifen gegen abweichende Meinungsäußerungen von alternativen Ansichten gesäubert.

Wehrpflicht bis 2022 und heute

Bis 2022 fanden Einberufungen in Russland zweimal im Jahr statt: im Frühjahr (1. April bis 15. Juli) und im Herbst (1. Oktober bis 31. Dezember). Das Wehrpflichtalter lag zwischen 18 und 27 Jahren, die Dauer der Wehrpflicht betrug 12 Monate.

Seit 2022, während des Krieges gegen die Ukraine und mehrerer Mobilisierungsrunden, wurde die Gesetzgebung geändert. Seit 2024 wurde die Altersobergrenze für die

Wehrpflicht auf 30 Jahre angehoben (wehrpflichtig sind jetzt Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren). Ein Einberufungsbescheid bleibt nun ein Jahr lang gültig, ohne dass eine weitere ärztliche Untersuchung für diejenigen erforderlich ist, die nicht sofort einberufen wurden. Die Wehrpflicht wurde zu einem ganzjährigen Prozess (vom 1. Januar bis zum 31. Dezember) umstrukturiert, obwohl die tatsächliche Entsendung von Wehrpflichtigen zu Militäreinheiten nach wie vor hauptsächlich im Frühjahr und Herbst nach den medizinischen Untersuchungen und den Sitzungen der Wehrpflichtkommissionen erfolgt.

Die Strafen für Wehrdienstverweigerung und Verstöße im Zusammenhang mit der Wohnsitzregistrierung wurden erheblich verschärft. Zwar werden Wehrpflichtige nicht offiziell en masse zum Kampf in die Ukraine geschickt, doch wurden vereinzelt Fälle gemeldet, und die Bemühungen der Regierung, Wehrpflichtige für den vertraglichen (beruflichen) Militärdienst zu rekrutieren, wurden intensiviert. So wurde die Wehrpflicht in Russland in den letzten Jahren ausgeweitet, streng reguliert und von den staatlichen Behörden stärker kontrolliert.

Die Zahl der Personen, die einen zivilen Ersatzdienst leisten, stieg von der ersten Hälfte des Jahres 2022 bis zur ersten Hälfte des Jahres 2025 um das 2,2-fache. Die Zahlen in Bezug auf Zivildienstanträge entsprechen dem jedoch nicht. Der Anteil der genehmigten Anträge ist von 50 % auf 25 % aller Zivildienstanträge stark zurückgegangen, der Anteil der Ablehnungen ist von etwa 43 % auf 62 % gestiegen, und die Zahl der Anträge, über die noch nicht entschieden wurde, ist um fast 20 % gestiegen.

Situation in der Armee

Anhaltende Verluste, Willkür in der Befehlsgewalt, Korruption, schlechte medizinische Versorgung, ver-

spätete Zahlungen und die fehlende Rotation aus Kampfgebieten heraus sind die Hauptgründe für den Unwillen Vertragssoldat*in zu werden, sowie für die schlechte Moral unter den Soldat*innen. Soldat*innen leiden unter der harten Disziplin und erleben Verfolgung, wenn sie sich weigern, an Offensiven teilzunehmen, was die Androhung von Hinrichtungen oder Versetzung in Angriffseinheiten miteinschließt.

Unter Vertragssoldat*innen und mobilisiertem Personal nimmt die psychische Erschöpfung zu. Zunehmend versuchen Soldat*innen, aus ihren Einheiten zu fliehen (obwohl sie wissen, dass dies eine Straftat ist) oder verletzen sich absichtlich selbst, nur um nicht in aktive Angriffshandlungen geschickt zu werden.

Vertragssoldat*innen und Personalbindung

Nach Untersuchungen von Medien (iStories und Re:Russia) wurden bis Mitte 2025 etwa 190.000 bis 210.000 neue Verträge unterzeichnet, aber die tatsächlichen Zahlen liegen unter den offiziellen Angaben. Aufgrund regionaler Budgetprobleme kam es im Mai und Juni zu einem starken Rückgang der Rekrutierungen: Die Behörden begannen, die Rekrutierungsprämien zu kürzen, insbesondere in den Regionen Baschkortostan und Samara. Es gibt immer mehr Fälle, in denen mobilisierte und eingezogene Soldat*innen unter Druck gesetzt und unter Androhung von Strafen zur Unterzeichnung von Verträgen gezwungen werden.

Unmöglichkeit der Vertragsbeendigung

Seit 2022 sind die meisten Militärverträge de facto unbefristet. Soldat*innen können auch nach Ablauf ihrer ursprünglichen Vertragslaufzeit nicht entlassen werden; Vertragssoldat*innen haben keine recht-



liche Handhabe für eine Entlassung, außer bei schwerer Verletzung, hohem Alter oder Inhaftierung. Selbst schwer verletzte Soldat*innen müssen oft vor Gericht eine Vertragsauflösung beantragen. Versuche, eine Entlassung zu erwirken, führen oft zu einer „Bestrafung“ durch Versetzung in Angriffseinheiten. Menschenrechtsaktivist*innen bezeichnen dies als „lebenslangen Vertrag“ oder „militärische Leibeigenschaft“.

Zahlungsprobleme

Finanzielle Anreize sind ein wichtiger Motivationsfaktor für den Militärdienst, aber selbst diese verlieren zunehmend an Wirksamkeit. Es kommt häufig zu Zahlungsverzögerungen. Die regionalen Haushalte sind mit Militärausgaben überlastet, Prämien werden gekürzt und Entschädigungen verspätet ausbezahlt. In einigen Regionen werden Zahlungen für Verletzungen oder Todesfälle durch „Sachleistungen“ (Verpflegung oder Güter) ersetzt.

Desertion und Kampfverweigerung

Die meisten Deserteur*innen sind Vertragssoldat*innen und ehemalige Strafgefangene, von denen viele aus Krankenhäusern fliehen oder Ausrüstung sabotieren, um sich der weiteren Teilnahme am Militärdienst zu entziehen. Viele Soldat*innen bewerben sich beim ukrainischen Programm „Ich will leben“ um freiwillige Kapitulation: Allein in der 41. Armee gab es etwa 7.800 solcher Fälle. Interne Strafen für Desertion sind oft außergerichtlich und brutal – einschließlich Folter und Hinrichtungen.

Frauen gegen den Krieg

Der feministische Widerstand gegen den Krieg in Russland ist die größte horizontale Initiative von Kriegsgegner*innen, die nach der großangelegten Invasion der Ukraine im Jahr 2022 entstanden ist. Die

Bewegung agiert über dezentrale Gruppen in vielen Regionen, organisiert Protestaktionen und leistet rechtlichen und psychologischen Beistand für Kriegsoffer. Sie hilft auch bei Evakuierungen, publiziert Anti-Kriegs-Medien und informiert die internationale Gemeinschaft über aktuelle Ereignisse. Die Organisation sah sich wiederholt Verfolgung ausgesetzt – 2025 wurde sie in der Russischen Föderation als „verboten“ erklärt.

Insgesamt ist die allgemeine Anti-kriegsbewegung der Frauen breiter angelegt als die feministische Bewegung: Tausende Mütter, Ehefrauen und Partnerinnen suchen über informelle Gruppen, Chats und Basisinitiativen nach vermissten Soldaten – ihren Freunden, Ehemännern und Söhnen. Frauen sammeln selbstständig Informationen über Gefangene, Tote und Vermisste, beteiligen sich an der Identifizierung von Leichen und sehen sich dabei oft mit bürokratischen und psychologischen Hürden konfrontiert. Die Suche nach Informationen über Vermisste und Verstorbene kann viele Monate dauern. Die wichtigste Leichenhalle zur vorübergehenden Aufbewahrung und ein forensisches Labor befinden sich in Rostow am Don (Südrussland), wohin alle Leichen zunächst transportiert werden. Die Leichenhalle befindet sich seit drei Jahren in einem desolaten Zustand. Die Identifizierung ist zu einem schmerzhaften Prozess geworden: Die Leichen kommen oft ohne Dokumente an, und die Angehörigen müssen regelmäßig zur Leichenhalle fahren, Fotos sichten und manchmal persönlich zur visuellen Identifizierung erscheinen.

Es gibt aber auch einen gegenteiligen Trend unter russischen Frauen: Nicht selten findet man Nachrichten von Frauen, die ihre Ehemänner oder Partner tatsächlich an die Front schicken wollen. Dies spiegelt eine tiefe soziale Krise in Russland wider. Frauenrechtsorganisationen

haben einen Anstieg von Verbrechen (häusliche Gewalt) unter Soldaten festgestellt, die aus dem Krieg zurückgekehrt sind.

Ein anschauliches Beispiel ist die Geschichte von Ekaterina Snigiryo-va aus Rostow am Don, die viele Monate lang die Leichenhalle von Rostow besuchte, um stellvertretend Leichen zu identifizieren und Familien bei der Suche nach Vermissten zu helfen. Die Suche dauert oft Wochen; DNA-Untersuchungen können bis zu einem Jahr in Anspruch nehmen, während Leichen mit fehlerhaften oder unstimulierenden Dokumenten in die Leichenhallen gebracht werden. Ekaterina entwickelte ihre eigenen Methoden: Sie plante ihre Besuche, sammelte Vollmachten und versuchte, pro Besuch mehrere Personen zu identifizieren, um den Prozess zu beschleunigen, wobei sie sich mit medizinischem Personal und Ermittler*innen abstimmte. Jedoch haben ihr die Behörden nun verboten, die Leichenhalle zu betreten und Familien bei der Suche nach im Krieg getöteten Angehörigen zu unterstützen.

Die **Stoparmy-Bewegung** unterstützt russische Einzelpersonen seit ihrer Gründung im Jahr 2013 aktiv bei ihrer Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Am 20. Oktober 2025 präsentierte **Saša Belik** die Arbeit der Organisation bei einer Veranstaltung in Wien.

